

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. D. Geyer
Telefon: 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Bogen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckkosten für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 7. Januar 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichts-
Amsterdam

Ein deutscher Wirtschaftsführer.

Der Meister des Subventionskapitalismus.

SPD. Der Generaldirektor der Hapag und ehemalige Reichskanzler Cuno ist am Dienstag morgen in Hamburg plötzlich gestorben.

Cuno wurde in der kapitalistischen Presse als ein grosser deutscher Wirtschaftsführer ersten Ranges gefeiert. Aber das Portrait dieses Wirtschaftsführers trägt dunkle Züge. Sein Werdegang wie seine Tätigkeit ist ein Musterbeispiel dafür, wie eng aus den Zeiten des Kaiserreichs her Staatsverwaltung und privatwirtschaftliche Interessen verknüpft waren, wie die Grosskapitalisten verstanden haben, den Staat zur Wohlfahrtsanstalt für sich und ihre Unternehmungen zu machen.

Cuno war ein Meister der Subventionspolitik im Geben wie im Nehmen, denn in Weg führte aus dem Amt in die Privatwirtschaft, aus der Privatwirtschaft ins Reichskanzlerpalais und von da aus wieder zurück zur Privatwirtschaft. Auf allen Stationen dieses Wegs hat er Bekanntschaft gemacht mit der Subventionspolitik. Die besondere Genialität, die ihm nachgerühmt wird, war die Art seiner Verhandlungsführung, wenn es galt, die Interessen der Privatwirtschaft dem Staate gegenüber zu vertreten und sie in Millionensummen für kapitalistische Interessen umzumünzen.

Als er während des Krieges Generalreferent für kriegswirtschaftliche Fragen im Reichsschatzamt war, wurde er befasst mit den Entschädigungen für die zu Kriegszwecken benutzte Handelstonnage. Bei den Verhandlungen darüber machte der Generaldirektor der Hapag Ballin die Bekanntschaft Cunos und zugleich ein gutes Geschäft. Ballin, der niemals Geld zum Fenster hinausgeworfen hat, berief noch im Jahre 1917 Cuno in die Verwaltung der Hapag. Er gab ihm ein Gehalt, das damals schon grosses Aufsehen erregte.

Als nach dem Ende des Krieges Ballin Selbstmord beging, wurde Cuno sein Nachfolger. Es begann die Periode des Melkens des Staates für die Interessen der Reeder. Die Reedereien erhielten zunächst eine Entschädigung für die alte Flotte. Das Reich zahlte zum ersten Male. Dann begann der Wiederaufbau der neuen Handelsflotte mit Reichsbeihilfen. Das Reich zahlte zum zweiten Male. Die Reichsbeihilfen wurden von den Reedereien in eine eigene Bank eingezahlt. Kurz vor Abschluss der Inflation auf ihrem Höhepunkt unter Cunos Reichskanzlerschaft haben die Reedereien ihre Verpflichtungen aus den Reichsbeihilfen gegenüber dem Reich in Papiermark, also mit Pfennigbeträgen zurückgezahlt!

Bei den Verhandlungen um diese Subventionen hat Cuno eine führende Rolle gespielt. Er hat das achtenswerte Kunststück fertiggebracht, den Staat für ein und dieselbe Sache zweimal bezahlen zu lassen.

Damit nicht genug. Nebenher lief noch die Angelegenheit der in Amerika zurückgehaltenen sogenannten Freigabegelder. Nachdem das Reich die Reeder für die alte Flotte entschädigt und für die neue Flotte gezahlt hatte, gehörten

diese Gelder von Rechts wegen dem Reich. Die wesentlichsten Verhandlungen über die Freigabe erfolgte unter der Reichskanzlerschaft Cunos. Bei diesen Verhandlungen erklärte der deutsche Vertreter den Amerikanern, dass diese Gelder nicht dem Reiche, sondern den Reedern zufließen würden, und es wird behauptet, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, dass diese Erklärung zur Freigabe geführt habe. Diese Millionenbeträge, die den Reedern zufließen, wurden aber nicht zum Wiederaufbau verwandt, sie flossen vielmehr z.T. in die Taschen der Aktionäre!

Gegen Ende des Jahres 1922 war dieser in Subventionsverhandlungen so gewandte Mann Reichskanzler geworden. Am Vorabend der Ruhrbesetzung ging es um andere und ernsthaftere Dinge als um den einfachen Prozess der Melkung der Staatskühn. Als Reichskanzler hat Cuno über seine geistigen Verhältnisse ge=
lebt. Er schwamm mit dem Strome, ohne zu wissen, was er wollte, ohne Ideen, er war nichts als der Strohmann Helfferichs im Reichskanzlerpalais. Am Ende dieser Episode stand sein völliger Zusammenbruch als Politiker, der Nimbus eines der nationalen Retter Deutschlands war völlig zerstört.

Danach ging Cuno zur Hapag zurück. Nun begann das grosse Duell zwischen Lloyd und Hapag, zwischen Stimming und Cuno. Stimming hatte auf dieselbe Weise wie Cuno denselben Weg aus dem Amt in die Privatwirtschaft genommen, während Cuno zur Hapag gegangen war, hatte Stimming den Weg zum Lloyd gefunden. Bei diesem Duell blieb Stimming Sieger, aber beide waren ausgekämpft und erschöpft. Die Rechnung dieses Kampfes erhielt das Reich präsentiert, bei der grossen Bankensanierung wurden die Reedereiverpflichtungen besonders aus= gliedert und eine besondere Sanierungsaktion wurde vorgenommen.

Cunos Gegner und Kollege Stimming ist übrigens genau vor einem Jahre zu Weihnachten 1931 unter merkwürdigen Umständen plötzlich gestorben, es wird behauptet er habe Selbstmord begangen.

Im Zusammenhang mit der letzten Sanierung musste sich Cuno eine Ein= schränkung seines phantastischen Generaldirektorengeltes gefallen lassen. Das hat ihn so erbost, dass er von da ab sein Heil bei den Nationalsozialisten suchte. Der Mann, der der typischste Repräsentant des Subventionskapitalismus war, dessen Parole heisst: die Gewinne den Aktionären, das Risiko dem Reich, jenes Kapitalismus, dem immer Eigennutz vor Gemeinnutz gegangen ist, der Mann, der ein so kläglicher politischer Versager gewesen ist, gehörte im November 1932 neben Herrn Schacht und dem Exherzog Eduard von Coburg zu den Leuten, die Hitlers Berater im Kaiserhof zurzeit des grotesken Briefwechsels mit dem Reichs=präsidenten gewesen sind!

Soviel unbekümmerter Subventionsgeist, soviel wirtschaftliches Gross= mannstum auf Kosten der Steuerzahler, soviel politische Scharlatanerie trägt in Deutschland den Ruf eines grossen Wirtschaftsführers ein!

SPD. Ueber Cunos Rolle als Reichskanzler wird uns geschrieben: Schon die alten Römer verlangten, dass man den Toten nichts als Gutes nachsage. Aber dieser pietätvollen Lebensregel steht die Notwendigkeit gegenüber, den Völ= kern die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie für dahingegangene Persönlichei= ten des öffentlichen Lebens nicht sehr schmeichelhaft ist. Die Passivseite in der Bilanz, die Wilhelm Cuno in der deutschen Nachkriegsgeschichte hinter= lassen hat, wiegt zu schwer, als dass man darüber hinwegsehen könnte. Cunos Name wird mit der Ruhrbesetzung verknüpft bleiben, d.h. mit der Inflation, mit der restlosen Zerstörung des gesamten ersparten Volksvermögens. Es ist keine Entschuldigung für den vertragswidrigen Uebergriff des französischen Imperi= alismus, wenn man feststellt, dass Cuno alsbald nach seiner Ernennung zum Reichskanzler der Exponent jener Kreise um Stinnes und Helfferich wurde, die diese Kraftprobe mit Poincaré förmlich herbeisehnten und denen die Repara=

tionskommission eine deutsche Verfehlung nicht schnell genug konstatieren konnte. Denn diese Kreise konnten das "stolze deutsche Nein" gar nicht erwarten, das nach innen und nach aussen den Bruch mit der bisherigen "Erfüllungspolitik" der Linksparteien sichtbar machen sollte. Manche wünschten sogar bewusst die Inflation und überhaupt den grossen Kladderadatsch herbei, um ihre Schulden loszuwerden, um ihre Konzerne aufzurichten, um ihre alte Vorherrschaft wiederzuerlangen und überhaupt die demokratische Republik zu beseitigen.

Gewiss: Cuno selbst mag das alles nicht gewollt haben. Nach dem Kapp-Putsch war er sogar aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten aus Protest gegen deren zweideutige Haltung. Dies mag den Reichspräsidenten Ebert bewogen haben, lieber ihn als eine andere Persönlichkeit der Rechten zu ernennen, als die Weimarer Koalitionsregierung Wirth-Schmidt-Rathenau auseinandergefallen war. Aber Cuno wurde ein willenloses Werkzeug, in der Hand dieser deutschen nationalen und schwerindustriellen Drahtzieher!

Als einer der ersten unter vielen hat er bewiesen, dass die vielgerühmten "Köpfe der Wirtschaft" in der Regel unfähige Politiker und Staatsmänner abgeben. Als das Unheil der Ruhrbesetzung seinen Lauf nahm, stand er ihm hilflos gegenüber, sowohl innerpolitisch wie aussenpolitisch, sowohl parlamentarisch wie diplomatisch. Er liess sich von der nationalen Welle tragen und fand nicht den Mut, den ursprünglich notwendigen passiven Widerstand durch diplomatische Verhandlungen rechtzeitig zu beenden. Nach einem halben Jahr war Deutschland ein Trümmerhaufen und im August 1923 drohte das allgemeine Chaos.

In dieser verzweifelten Situation sprang die Sozialdemokratie zusammen mit dem Zentrum und mit Stresemann in die Bresche, um das Allerschlimmste zu verhüten. Schon nach acht Monaten musste Cuno nach seiner unheilvollen Gastrolle als Nationalheld abtreten.

SPD. Der Kommissar des Reiches im Preussischen Kultusministerium, Professor Kühler, hat den ausserordentlichen Professor an der Berliner Handelshochschule, Professor Carl Schmitt, zum ordentlichen Professor an der Universität Köln ernannt.

Nachdem der Reichskommissar im Kultusministerium den deutschnationalen Abgeordneten Lehrer und Interessentenvertreter der Bienenzüchtervereine Kickhöffel hat nach Berlin versetzen lassen, ist die Ernennung des Professors Schmitt ausserordentlich interessant aus dem Grunde, weil Professor Schmitt die Interessen des Reiches in dem Streit gegen Preussen vor dem Staatsgerichtshof vertreten hat. Freilich drangen die Schmitt'schen Theorien vor dem Staatsgerichtshof nicht durch. Der allergrösste Teil der deutschen Staatsrechtler steht den Theorien vom Staatsnotrecht, so wie sie Professor Schmitt entwickelt hat, ablehnend gegenüber.

SPD. Bochum, 3. Jan. (Eig. Drahtb.)

Auf einem der Stadt Bochum gehörenden Gute brach am Dienstag nachmittag Grossfeuer aus, das eine Scheune und einen Stall vernichtete. Acht Fahrzeuge und 250 Zentner Getreide fielen den Flammen zum Opfer. Wie gleichzeitig bekannt wurde, ist der Pächter des Gutes seit Wochen verschwunden.

SPD. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag hat die folgende Grosse Anfrage eingebracht:

Rektor und Senat der Breslauer Universität haben in einer bisher in Deutschland einzig dastehenden Weise gegen die Freiheit der Lehre und der Meinungsäusserung eines Universitätslehrers Stellung genommen.

Gegen die auf einstimmigen Vorschlag der Breslauer juristischen Fakultät erfolgte Berufung des Professors Cohn war bekanntlich von nationalsozialistischen Studenten in Radau- und Tumultszenen, durch Störung des Lehrbetriebes in der Universität, mit körperlichen Angriffen auf republikanische Studenten und durch Werfen von Tränengas- und Stinkbomben Stellung genommen worden. Dieses Treiben wurde von der nationalsozialistischen Presse und Partei durch eine masslose Hetze gegen Professor Cohn und gegen den Rektor der Universität Brockelmann und gegen den Reichskommissar Kähler gefördert, obwohl die staatlichen und Universitätsbehörden durch ihr schwächliches Verhalten gegen die randalierenden Studenten schwere Mitschuld an der Fortsetzung der wüsten Szenen tragen, die bei entschiedenem Vorgehen längst beendet gewesen wären.

Professor Cohn hat auf eine Anfrage des Berliner "Montag Morgen" inzwischen in diesem Blatte in wenigen Zeilen seine Stellung zum Asylrecht für Trotzki dargelegt. Er hat dies in formal völlig unanstössiger Weise, inhaltlich und sachlich farblos und keineswegs etwa von besonderem Bekennermut zeugender Weise getan. Rektor und Senat der Breslauer Universität haben diesen Vorwand benutzt, um die Lehrtätigkeit Cohns an der Breslauer Universität für untragbar zu erklären. Sie haben ihre entsprechende Entschliessung sofort der Breslauer Presse mitgeteilt.

Rektor und Senat haben damit das hohe Gut der Lehrfreiheit und der freien Meinungsäusserung von Universitätslehrern preisgegeben. Universitätslehrer haben dieses Gut gegenüber dem Staatsministerium häufig auch in Fällen vertreten, in denen ein Einschreiten gegen formal anstössige und unsachliche Äusserungen von Dozenten innerhalb und ausserhalb des Hörsaals erforderlich war. Der Breslauer Rektor und Senat weichen im Gegensatz zu dieser Haltung dem Toben der Strasse und den von den Nationalsozialisten provozierten, den Lebensnerv der deutschen Hochschulen treffenden Terrorakten, ohne dass gegen die Haltung des Professor Cohn der geringste Vorwurf erhoben werden kann. In ihrer Feigheit vor den Radaustudenten nehmen Rektor und Senat sogar in der Öffentlichkeit Stellung gegen die Fortsetzung der Lehrtätigkeit des Professor Cohn, obwohl sie nach den gesetzlichen Bestimmungen dazu unzuständig sind und die Grenzen ihrer Befugnisse damit überschreiten.

Wir fragen das Staatsministerium: Was beabsichtigen die Reichskommissare zu tun, um 1. die weitere Lehrtätigkeit des Professor Cohn an der Breslauer Universität zu sichern? 2. energische Massnahmen gegen die Fortsetzung der strafbaren Handlungen durch nationalsozialistische Studenten und andere Parteigänger zu ergreifen, durch die der geordnete Lehrbetrieb an der Breslauer Universität gestört wird? 4. Rektor und Senat der Universität in ihre Schranken zurückzuweisen?

SPD. Dresden, 3. Jan. (Eig. Drahtb.)

Wie wir erfahren, sind Einzelheiten bezüglich der Begünstigung, die die Staatsanwaltschaft dem Abgeordneten Dr. Bennecke vorwirft, noch nicht zu ermitteln gewesen. Es besteht aber schwerwiegender Verdacht, wenigstens bezüglich der Mitwisserschaft Dr. Benneckes nach der Tat. Ob ihm auch eine Mitwisserschaft vor der Tat zur Last fällt, erscheint einstweilen noch zweifelhaft.

Neuerdings wird in Kreisen der ausgetretenen Nationalsozialisten die Behauptung verbreitet, dass Bennecke am 18. November an der Talsperre von Malter die Stelle besichtigt habe, an der die Leiche des Hentzsch abgeworfen worden war und am zweiten Weihnachtsfeiertag gefunden wurde. Sollte sich diese aus

guter Wille stammende und doch dem menschlichen Gefühl widerstrebende Angabe bestätigen, würde das ein solches Licht auf diesen Führer der Dresdener SA werfen, dass man nur vor ihm zürückschauern könnte.

SPD. Das Rätselraten über den Termin des Zusammentritts des Reichstags wird am Mittwoch beendet sein. Um 4 Uhr findet eine Sitzung des Ältestenrats statt, die über den Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten zu entscheiden hat.

Die Sozialdemokraten werden sich für die möglichst baldige Einberufung - also etwa Anfang nächster Woche - einsetzen und die Kommunisten werden zweifellos dieselbe Absicht verfolgen. Aber alles hängt nach wie vor von den Nationalsozialisten ab. Werden sie endlich bereit sein, im Plenum Farbe zu bekennen oder werden sie ihre Verschleppungsmanöver fortsetzen? Viel länger als eine Woche werden freilich auch sie die Sache nicht hinausschieben können. Ihre Absicht, sich um eine Entscheidung zu drücken, würde sonst allzu offensichtlich werden.

Die Reichsregierung wird sich, wie es heisst, im Ältestenrat mit jedem Zeitpunkt einverstanden erklären und darüber hinaus den Wunsch nach baldiger Klarheit über die Stellung der Parteien zum Kabinett Schleicher zum Ausdruck bringen. Es scheint also, dass sich der Reichskanzler von weiteren Verhandlungen mit der Hitlerpartei, von denen hier und da in der Presse die Rede war, nichts mehr verspricht. Sie soll im Reichstag sagen, was sie will.

In ihren Zeitungen und in der Neujahrsbotschaft ihres Führers hat sie schon gesagt: Sie will alles oder nichts; die ganze Macht oder Opposition. Wenn trotzdem noch Zweifel an ihrer parlamentarischen Haltung vorhanden sind, so hängt das zum Teil mit ihrer bisherigen Zauderpolitik zusammen, zum Teil auch mit den unseres Erachtens unbegründeten Gerüchten von einer bevorstehenden Ernennung Strassers zum Vizekanzler.

Wie und wann die Herren nun zu einem endgültigen Beschluss gelangen, ist ihre Sache. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls an ihrem Misstrauensantrag festhalten. Seine Einbringung war selbstverständlich in dem Augenblick, als Schleicher die Regierung übernahm, und was im Reich und in Preussen geschehen und vorbereitet worden ist, sollte unser Verhalten durch denen begreiflich machen, die jetzt in der sogenannten linksbürgerlichen Presse über unsere "unstaatsmännische" Opposition bedenklich die Köpfe schütteln. Gewiss ist, wenn anders die Nationalsozialisten das Kabinett nicht retten, eine neue Auflösung des Reichstags zu erwarten, aber auch dies muss in Kauf genommen werden. Der Sozialdemokratie kann schlechterdings nicht zugemutet werden, um der Vermeidung von Neuwahlen willen eine Regierung zu tolerieren, die sich von des Herrn von Papen vielleicht hin und wieder in der Tonart, aber durchaus nicht in ihrem Charakter und ihrer Tendenz unterscheidet!

SPD. Die Reichskommissare in Preussen haben bestritten, dass sie sich mit neuen reaktionären Abbauplänen gegen sozialdemokratische Beamte tragen. Dies Dementi findet allgemein keinen Glauben.

Die "Berliner Börsenzeitung", wohlunterrichtet über die Pläne der Kommissare wie ihrer Hintermänner, bestätigt heute morgen unsere Angaben über den Inhalt der neuen Verordnung. Sie teilt mit:

"Im einzelnen sieht der Referentenentwurf vor:

1. Änderungen der Vorschriften des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung von 1883.
2. Eine Ermächtigung zur Neuverkündung des Landesverwaltungsgesetzes.

3. Aenderungen der Beamtendienststraftordnung und der Dienststraftordnung für richterliche Beamte.

4. Aenderungen des Gemeindeverfassungs- und Verwaltungsrechtes.

5. Aenderungen des Wassergesetzes.

6. Aenderungen von Zuständigkeiten in Landeskulturangelegenheiten.

7. Verschiedene Uebergangsvorschriften."

Bei dieser Inhaltsangabe ist der dritte Punkt besonders interessant. Es ist noch kein Jahr her, dass der Landtag das Dienststrafverfahren durch Gesetz neu geordnet hat. Bei der Durchführung des Gesetzes sind die Dienststrafkammern neu zusammengesetzt worden. Am Zustandekommen dieses Gesetzes hat sich auch die Rechte beteiligt, selbst die Deutschnationalen haben das Gesetz nicht zu einem besonderen Punkt des Widerstandes gemacht. Dies Gesetz soll unter gröblichster Missachtung der verfassungsmässigen Rechte der Volksvertretung durch eine Verordnung wieder über den Haufen geworfen werden! Gegenüber diesen Methoden der Reaktion in Preussen war selbst Friedrich Wilhelm IV. noch ein wahrhaft konstitutioneller Monarch!

Diese neue Verordnung soll erlassen werden, ohne dass die Beamtenschaft und ihre Verbände dabei gehört werden! Das Gesetz vom Jahre 1932 ist in enger Fühlungnahme mit den Beamtenverbänden geschaffen worden. Es handelt sich um einen neuen reaktionären Vorstoss im Geiste Papens, das heisst im Geiste der Missachtung der Verfassung. Die politische Verantwortung für die reaktionären Ungeheuerlichkeiten in Preussen trägt Herr von Schleicher!

SPD. Die "Kreuz-Zeitung" veröffentlicht einen langen und sehr aufregenden offenen Brief des Herrn von Oldenburg-Januschau an den General Ludendorff. Er betrifft die Vorgänge, die sich an den Erwerb des Gutes Neudeck für die Familie von Hindenburg knüpften und die Ereignisse, die sich im Zusammenhang damit nachher abgespielt haben. Ludendorff hatte in den letzten Nummern seiner "Volkswarte" u.a. folgendes ausgeführt: Dem Reichspräsidenten von Hindenburg sei zum 80. Geburtstag der alte Familienbesitz Gut und Schloss Neudeck geschenkt worden. Zu diesem Zweck habe man bei der Hochfinanz gesammelt. Das Geschenk sei aber gar nicht vom Reichspräsidenten, sondern von seinem Sohn, dem Obersten von Hindenburg, angenommen worden, der infolgedessen nach dem Tode seines Vaters keine Erbschaftsteuer werde bezahlen müssen. Die Eintragung selbst sei allerdings mit Zustimmung des Reichspräsidenten erfolgt. Der Oberst von Hindenburg habe aber auch keine Schenkungssteuer bezahlt. Das ganze Unternehmen sei Herr von Oldenburg-Januschau gewesen, der später bei der Zuteilung von Gelden aus der Osthilfe ausserordentlich begünstigt worden sei.

Nun hätten aber die Sammlungen nicht dazu gereicht, das Gut der Familie Hindenburg unverschuldet übergeben zu können, vielmehr lägen noch 450000 Mark Schulden auf ihm, die jetzt gleichfalls durch Darlehnungen aufgebracht werden sollen. Zum Beweis dafür druckte Ludendorff einen Brief ab, den der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. Bernhard Grund, an verschiedene zahlungsfähige Persönlichkeiten gerichtet hat. In diesem Brief wird gesagt, dass noch eine Schuldsumme von 450 000 Mark fehle, die von einer entsprechenden Zahl von Persönlichkeiten zu Beträgen von je 500 Mark aufgebracht werden sollte. Die Beträge seien an die Dresdener Bank in Berlin unter Hindenburg-Dabk zu überweisen.

Zu diesen Darlegungen Ludendorffs nimmt nun Oldenburg-Januschau in seinem offenen Brief an Ludendorff Stellung. Das geschieht, wie schon gesagt, in sehr aufgeregter Weise und mit zahlreichen persönlichen Ausfällen gegen Ludendorff. In der Sache selbst gibt Oldenburg-Januschau zu, dass der Besitz auf den Sohn des Reichspräsidenten überschrieben sei unter Vorbehalt des

Niessbrauchs für den Reichspräsidenten selbst. Er bestreitet auch nicht, dass für diese Schenkung keine Steuern gezahlt worden sind.

Mit desto grösserer Heftigkeit wehrt er sich gegen den ihn persönlich treffenden Vorwurf, dass er als Gegenleistung für seine Tätigkeit in der Neudecker Stiftung bei seiner eigenen Umschuldung besonders bevorzugt worden sei. Er persönlich habe nur von den Rechten Gebrauch gemacht, die jedem Landwirt zustünden.

Man stelle sich vor, diese ganze Angelegenheit hätte nicht vor fünf, sondern vor acht oder neun Jahren zu spielen begonnen und der Reichspräsident, um den es sich handelt, wäre nicht Paul von Hindenburg, sondern Friedrich Ebert gewesen - und dann stelle man sich vor, wie diese Angelegenheit in der Presse der "nationalen Rechten" behandelt worden wäre!

SPD. Eisleben, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Kritik an der wiederholten Nichtbestätigung der Bürgermeisterwahl in Eisleben hat die Preussenkommissare zu einer Erklärung = veranlasst, die durch ihren Mangel an Genauigkeit auffällt. In dieser Erklärung wird der zweimal gewählte staatsparteiliche Dr. Appell schlankweg zum SPD-Mitglied gemacht und gesagt, die sozialdemokratische Mitgliedschaft sei kein Hindernisgrund für die Bestätigung. Vielmehr habe die Bestätigung versagt werden müssen, weil der Stadtverordnetenvorsteher und nicht der Magistrat den Antrag auf Bestätigung gestellt habe. Die Gewissenhaftigkeit der Erklärung wird aber gekennzeichnet durch die einfache Feststellung, dass der Stadtverordnetenvorsteher einen solchen Antrag nicht gestellt hat. Nach einer zweiten Lesart hätte die Bestätigung versagt werden müssen, weil die Stadtverordnetenversammlung es unterlassen habe, sich mit dem Magistrat in Verbindung zu setzen. Ein kurzer Blick in die Akten hätte den Verfasser dieser Erklärung überzeugen können, dass die Stadtverordnetenmehrheit wiederholt versucht hat, den Magistrat zu positiver Mitwirkung zu bewegen. Der Magistrat hat aber bewusst sabotiert, wie der Aufsichtsbehörde umfassend nachgewiesen werden konnte.

SPD. Halle, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die NSDAP will die Partei der anständigen Leute sein. Wie diese Anständigkeit aussieht, das wurde in einer am Montag stattgefundenen Zellenswartung der halleschen Naziartei offenbar. Dort wurde vom Kassenswart bekanntgegeben, dass sich der Uschla in den nächsten Tagen mit über 200 Unterschlagungsfällen zu beschäftigen haben wird. Weit über 200 dieser anständigen Leute haben das Geld, das sie auf Opferkarten und Sammelisten zusammengebettelt haben, trotz energischer Aufforderung nicht an die Parteikasse abgeliefert, sodass dort vollständige Ebbe herrscht. Ausserdem wurden vier Zeitungshändler beschuldigt, dass von ihnen kassierte Zeitungsgeld unterschlagen zu haben. Auch in der braunen Winterhilfe sind zahlreiche Unregelmässigkeiten festgestellt worden. Die Folge ist, dass auch noch die wenigen Geschäftsleute, die bisher die Auflegung einer Sondersteuer für die Hitlerlei hinnehmen, sich weigern, weiter Spenden zu leisten oder Opfermarken der Gauleitung zu entnehmen. Voller Wut über das Bekanntwerden dieser Schweinerei hat der Kreisleiter die Schaffung eines besonderen Nachrichtendienstes angeordnet, um herauszubekommen, auf welche Weise das hallesche "Volksblatt" in den Besitz des Materials aus dem braunen Sumpf kommt!

SPD. Halle, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Stilllegungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, die während der Papenschen Ankurbelung vorübergehend unterbrochen wurden, gehen wieder los. Im Grosstagebau Deuben sind jetzt auf der Grube "Kamerad" und auf anderen Gruben Arbeiter entlassen worden. Betroffen werden mehrere Ortschaften der Kreise Zeitz und Weissenfels. Die Schwelerei der Grube "Siegfried" bei Trebnitz, im Kreis Weissenfels, soll in kurzer Frist stillgelegt werden. Hierdurch werden über 100 Arbeiter brotlos gemacht.

SPD. Halle, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Einwohner des von Kommunisten beherrschten Dorfes Teicha konnten dieser Tage ein niedliches Bildchen bewundern. Bei der Hochzeit einer bekannten Naziprominenz streuten die Kinder des örtlichen Kommunistenhäuptlings dem braunen Hochzeitspaar auf dem Wege zur Kirche Blumen. Die Ehefrau des Moskowitzers trug Stühle und Kissen nach der Kirche, damit es die Herrschaften sich recht bequem machen konnten.

SPD. Breslau, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die innere Zersetzung der NSDAP. macht auch in Schlesien von Tag zu Tag wahrnehmbare Fortschritte. Wie aus Reichenbach berichtet wird, befindet sich im Eulengebirgsgebiet die SA in hellem Aufruhr. Der bisherige Sturmführer Danisch in Reichenbach wurde abberufen, weil er missliebige Äusserungen über etliche Nazibonzen getan hatte. Die Folge dieser Massnahme der hakenkreuzlerischen Zentralinstanzen in Breslau dürfte der völlige Zerfall der SA in der Gegend um Reichenbach und Langenbielau sein. Die SA-Leute stehen geschlossen hinter ihrem abgesägten Führer und verlangen stürmisch dessen Wiedereinsetzung. Ob es den Hakenkreuzbonzen aus Breslau gelingen wird, den von ihnen unvorsichtigerweise in Reichenbach entfesselten Sturm zu beschwichtigen, ist angesichts der allgemeinen Erbitterung in der schlesischen SA höchst fraglich.

SPD. Stuttgart, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Bei einer Zusammenkunft der Nationalsozialisten, die in der Sylvesternacht in ihrem Stuttgarter Braunen Haus stattfand, hat sich nach dem Bericht des "NS-Kurier" eine "herzerfrischende Stimmung" gezeigt. Wie die "Schwäbische Tagwacht" dazu bemerkt, hat diese Stimmung darin bestanden, dass in der Sylvesternacht dort eine wüste Schlägerei losgegangen ist. Die Männer von der SA und SS vergerbten sich gegenseitig das Fell. Unter den Gründen zu dieser Holerei spielte auch die Politik eine Rolle. Die Meinungsverschiedenheiten über Gregor Strasser waren so gross, dass sie nur noch mit den Fäusten ausgetragen werden konnten und dass die Polizei erscheinen musste, und zwar gerufen von einer der streitenden Parteien selbst!

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein furchtbares Blutbad hat in der Nacht zum Dienstag die Frau eines Notars in Versailles angerichtet. In einem Zustand geistiger Umnachtung stieg sie in den Keller hinab, wo ihr Mann Kohlen auf die Zentralheizung auflegte, und tötete ihn durch einen Revolverschuss in die Schläfe. Dann begab sie sich

in die Küche, wo sie ihre Mutter erschoss. Im Schlafzimmer erwürgte die Frau ihren 14-jährigen Sohn und erschoss ihren zweiten zehn Jahre alten Sohn. Nachdem sie einen Abschiedsbrief an ihre Familienangehörigen geschrieben hatte tötete sie sich durch einen Schuss in den Mund. Die fünf Leichen wurden in das Schauhaus von Versailles eingeliefert.

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Eindringen der Japaner in chinesisches Gebiet und die Einnahme der Stadt Schanhaikwan durch die Japaner haben den sozialistischen Abgeordneten Fontanier veranlasst, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, dass er ihn nach der Wiedereröffnung der Kammer über den chinesisch-japanischen Konflikt und die Haltung Frankreichs im Völkerbund interpellieren werde. Der "Populaire" hat am Dienstag auf den Ernst des erneuten Vorgehens Japans hingewiesen und erklärt: "Wird die französische Regierung gegenüber dem japanischen Imperialismus dieselbe Politik der Feigheit befolgen wie die Regierungen Tardieu, Laval und Herriot? Wird sie ebenso wie die früheren Regierungen die Sache des Friedens verraten? Wir erwarten eine klare und feste Antwort. Eine Antwort, die der Welt die Hoffnung gibt, dass noch Regierungschefs vorhanden sind, die die schönen Worte, die sie so oft aussprechen, in Taten umzusetzen verstehen, Japan ist im Begriff, einen furchtbaren Krieg zu entfesseln. Um es daran zu hindern, gibt es nur ein Mittel: die Drohung mit dem Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Ist die französische Regierung gegenüber den Kanonenhändlern und Bankiers unabhängig genug, um diese Handlung zu vollziehen, von der der Frieden im Fernen Osten abhängen kann?"

SPD. Bochum, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands versucht in der letzten Zeit, besonders im Ruhrgebiet, sich durch Streikparolen und erhöhte Agitation den Anschein einer mächtigen Organisation zu geben. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass die Mitgliederzahl 4 000 nicht übersteigt, von denen höchstens 1 000 noch im Betrieb sind. Besonders im argen liegen jedoch die Kassenverhältnisse. An Beiträgen gehen im Monat höchstens 3 000 Mark ein, über deren Verwendung vollkommenes Dunkel herrscht. Selbst der Generalversammlung, die kürzlich in Essen stattfand, wurde von der Führung der Kassenbericht glatt unterschlagen. In Mitgliederkreisen herrscht grosse Bestürzung darüber und man fordert Aufklärung, was aus den eingegangenen Geldern geworden ist.

SPD. Genf, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Genfer sozialistische Nationalrat und Chefredakteur des "Travail" Leon Nicole, der seit den Unruhen vom 9. November unter der Anklage der Bedrohung der Staatssicherheit in Untersuchungshaft gehalten wurde, ist am Dienstag nachmittag providorisch in Freiheit gesetzt worden. Während der sehr rücksichtslos durchgeführten Einzelhaft ist sein früheres Leiden, eine Knochen tuberkulose, wieder akut geworden, sodass er schon vor 14 Tagen in die Haftzelle des Kantonhospitals überführt werden musste. Laut Anweisung des untersuchenden ausserordentlichen Bundesrichters hat sich Nicole bis zum Sonntag nach der Heilstätte Leysin zu begeben. Mit dieser Entlassung sind nun alle Verhafteten der Demonstration vom 9. November wieder in Freiheit.

SPD. Genf, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Durch dringende Telegramme teilt die chinesische Regierung dem Völkerbund das Eindringen starker japanischer Truppenmassen mit schwerer Artillerie und Flugzeugen in die nordchinesische Provinz Jehol mit. Um Schanhaikwan werde noch heftig gekämpft. Besonders dementiert die Regierung, dass die japanischen Truppen den Widerstand der Verteidiger der Stadt überwunden hätten. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Offensive an der mandschurischen Front der Provinz Jehol seit Wochen planmässig vorbereitet worden sei.

Die japanische Delegation macht den Völkerbund darauf aufmerksam, dass die Abwehrmassnahme gegen die Provinz Jehol durch chinesische Truppenzusammenziehungen an der mandschurischen Grenze provoziert worden sei.

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Generalsekretär des der CGT angeschlossenen Allgemeinen Beamtenverbandes hat einem Vertreter des "Intransigeant" folgende Erklärungen über die neue Verordnung der Regierung, die für das laufende Jahr jede Neueinstellung von Staatsbeamten und -Arbeitern verbietet, abgegeben:

"Wir sind nicht gegen eine solche Massnahme, die der Verringerung der Beamtengehälter vorzuziehen ist. Sie muss aber, um nicht das beabsichtigte Ziel zu verfehlen, in einer schmiegsamen und klugen Art durchgeführt werden. Sie darf höchstens auf ein Jahr beschränkt werden, da sonst der Beamtennachwuchs darunter leiden würde. Sie darf auch nicht allgemein durchgeführt werden. Im Unterrichtswesen muss z.B. ein verstorbener oder pensionierter Lehrer sofort ersetzt werden. Sparmassnahmen und Reformen sind zurzeit notwendig. Die von dem Finanzminister beschlossene Einschränkung gehört nicht zu denen, die uns missfallen können."

SPD. Bottrop/Westf., 3. Jan. (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Dienstag geriet der Bergarbeiter Jagalski mit seiner Frau in Streit. Mit einem Hammer zertrümmerte er der Frau und seinem fünfjährigen Adoptivkinde die Schädeldecke. Beide sind in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert worden und dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Der Täter ist geflüchtet.

Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Ueber=Zwickel.

SPD. Nach einer kurzen Ruhepause betätigt sich Herr Bracht in Preussen wieder in der ihm besonders eigenen Weise, d.h. im Geiste des Zwickels mit angeschnittenen Beinen. Den Berliner städtischen Badeanstalten ist ein drohender Erlass des Polizeipräsidenten zugegangen, in dem sie aufgefordert werden, in den geschlossenen Badeanstalten energisch die Zwickelverordnung durchzuführen. Da wird nun künftig jede Berliner Badeanstalt einen Schutzmann erhalten müssen, der den Badenden zuruft: Heda, Sie da, der Mann da, mal raus aus dem Wasser, Zeigen Sie mal, ob Sie einen Zwickel haben!

Der Ruhm Brachts hat die sächsischen Bürokraten vom Zwickelgeiste nicht schlafen lassen. Das sächsische Schulministerium hat einen Erlass herausgegeben, in dem verboden wird, dass Kinder in der Schule Trainingsanzüge tragen. Ebenso wird verboden, dass Schulmädchen Schulwanderungen im Trainingsanzug unternehmen. Eine Ausnahme wird nur für den Skilauf gemacht, dabei kann gestattet werden, dass Mädchenklassen den Trainingsanzug tragen.

Was mögen die sächsischen Nachahmer des Herrn Bracht an dem unschuldigen Trainingsanzug finden? Er ist bekanntlich geschlossen von den Knöcheln und den Handgelenken bis dicht herauf an den Hals. Jeder Trainingsanzug hat einen wunderbaren Zwickel, und die angeschnittenen Beine reichen bis auf die Füße herunter. Der Trainingsanzug ist, wenn man so will, das allerschönste und also im Geiste der Zwickelbürokraten das allermoralischste Kleidungsstück. Er hat obendrein den grossen Vorzug, dass er nicht nur geschmackvoll, sondern auch billig ist.

Warum also die sächsische Zwickelverordnung gegen den Trainingsanzug? Jeder Trainingsanzug hat Hosen. Wenn Mädchen in der Schule den Trainingsanzug tragen, könnten die Knaben bemerken, dass Mädchen auch Beine haben, und dass der Unterschied zwischen Knaben und Mädchen also in etwas anderem bestehen muss, als darin, dass Knaben Beine haben, Mädchen aber keine Beine, sondern Rösche! Warum nicht gleich eine Verordnung, die allen Mädchen das Tragen von Beinen verbietet?

Die Musterverfassung.

Einer der gerissensten Spekulanten auf die Dummheit des sogenannten nationalen Bürgertums, der sogenannte Betriebsanwalt Gustav Winter, hat einen neuen Laden zur Ausbeutung der Besitzer von Vorkriegsreichsbanknoten aufgemacht, den sogenannten "internationalen Zentralverband der Reichsbankgläubiger, Weltliga der Markgeschädigten". Die Hauptsache dabei ist, dass die Mitglieder, d.h. die Dummen, einen Einschreibebetrag von 1 Mark, einen Jahresbeitrag von 4 Mark bezahlen und die Verbandszeitung für jährlich 5 Mark abonnieren. Ausserdem müssen die Mitglieder die Verpflichtung übernehmen, Kampfspenden zu zahlen.

Das Statut dieser Organisation ist wunderbar. Die Wahl des Vorsitzenden, d.h. des Mannes, der die Kasse hat, erfolgt durch eine "Generalumfrage" bei den Mitgliedern. Die Abhaltung einer Hauptversammlung unterbleibt, da der Verein keinen Ortscharakter besitzt, Satzungsänderungen können nur durch eine Generalumfrage beschlossen werden. Eine Kontrolle des Verbandsvorsitzenden existiert nicht. Bei Nichtzahlung der Beiträge kann eine Inkassogesellschaft die

Beiträge einziehen. Dafür verspricht der Verband seinen Mitgliedern die wunderbarsten Gewinne: "in drei Tagen Brot durch Erdmagnetekultur, Beseitigung der Hungersnot durch elektrische Kartoffeln!"

Ist das nicht in verzerrter und vergrößerter Form die Wiederholung des Organisationsstatuts und der grossmüßigen Versprechungen der NSDAP.? Schliesslich ist Hitlers Rettungsplan in der verschlossenen Schublade nicht viel mehr wert, als die elektrischen Kartoffeln und die Erdmagnetekultur von Winter und Co.. Und was die Organisation anbelangt, so sagt bekanntlich auch Hitler von sich: Die Partei bin ich, d.h. die Kasse bin ich, wobei er schweigend die Voraussetzung macht: die Schulden, das bin ich nicht!

Das Statut dieses famosen Zentralverbandes ist geradezu ein Musterstatut für ähnlich geartete Leute. Wenn sie könnten, wie sie wollten, würden sie nach diesem Vorbild die ganze staatliche Organisation des deutschen Volkes betreiben!

Wilhelms Paladine.

Wilhelm von Doorn hat wieder einmal seinen Generalbevollmächtigten in Berlin gewechselt. Zuerst hatte er den Herrn von Berg Markienen. Den schickte fort, weil er mit der Millionenabfindung, die er schmählicherweise erhalten hat, noch nicht zufrieden war. Herr von Berg Markienen hat ihm treu ergeben gedient - ein treuer Diener seines Herrn. Er musste gehen, weil wilhelminische Raffgier sein Verhandlungsgeschick anzweifelte. Dafür gehört Herr von Berg Markienen jetzt zu den intimsten Freunden und politischen Beratern des Herrn von Hindenburg, zum Neudecker Kreis.

Auf Berg Markienen folgte der Herr von Kleist. Auch dieser Mann gehört zu dem engeren Kreise um den Reichspräsidenten. Er ist von Wilhelm gegangen worden. Man vermutet, dass Wilhelm auf die Weiterführung des Papenkurses grosse persönliche Hoffnungen gesetzt hatte, und dass seine Enttäuschung über das Scheitern dieser Hoffnungen zum Rücktritt des Herrn von Kleist geführt hat.

An dessen Stelle ist nun der General a.D. von Dommes getreten. Das ist ein ausgesprochen deutschnationaler Politiker, der durchaus von Hugenberg's Geist erfüllt ist. Die Konspirationen und die Konspirationsabsichten des Hauses Hohenzollern in Deutschland werden durch diesen Wechsel beleuchtet.

Schweinehunde.

Die NSDAP. in Coburg ist eine einzige grosse Kaserne, und der Ton ist der feinste Kasernenhoftön. Nationalsozialistische Arbeitsdienstwillige marschierten in der Stadt Coburg an einem Angestellten des Bauamts vorbei, der ebenfalls Nationalsozialist ist. Weil es kalt war, hatten die jungen Nazis die Hände in den Taschen. Der Herr Obernazo schrie sie an: "Hände aus den Taschen, Ihr Schweinehunde, wenn Ihr an mir vorbeimarschiert." Für die Obernazis sind die gewöhnlichen SA. = Jungen Schweinehunde. Ein feiner Ton der Kameradschaft und nicht weiter erstaunlich, dass sich gelegentlich Nationalsozialisten untereinander die Köpfe blutig schlagen, wenn sie in Streit über "Ehrenbezeugungen" geraten!

Aus aller Welt

Analphabeten in Deutschland?

Das Märchen von den zwei Millionen Kreuzelschreibern.- 1 Lehrer für 1 Kind.

SPD. Regelmässig wie das Märchen von der Seeschlange taucht da und dort in der Welt irgend eine Statistik über das Analphabetentum in Deutschland auf. Diesmal stammt die Meldung aus Amerika. Eine grosse pädagogische Zeitschrift hatte dort eine kartografische Darstellung veröffentlicht, auf der Deutschland an Analphabetenzahl der von Negern, Buren und Kolonisten bewohnten Südafrikanischen Union gleichgestellt wurde! Und nicht viel später meldeten deutsche Zeitungen: nach dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin für 1932 gebe es in Deutschland noch zwei Millionen Menschen, die weder lesen noch schreiben könnten.

Der zuständige Herr des Statistischen Reichsamts, dem wir unsere Frage nach den deutschen Analphabeten vorlegen, macht ein süssaures Gesicht. Wieviel Zigaretten geraucht, wieviel Ehen geschieden werden, - eine Kleinigkeit, das festzustellen. Aber die Statistik der Analphabeten... Der Herr seufzt vernehmlich. Es gibt nämlich in Deutschland keine Zahlen darüber - einfach deshalb, weil es zu wenig "Kreuzelschreiber" gibt; Menschen, die nicht imstande sind, ihren Namen unter ein Dokument zu setzen, und die statt dessen nach altübergebrachter Sitte drei Kreuze auf das Papier malen. In anderen Ländern, wo der Prozentsatz wesentlich höher ist, gibt es viele Möglichkeiten, genauere Zahlen zu erlangen. Am höchsten ist die Zahl der Analphabeten in Indien: dort können nur 9,4% der Bevölkerung lesen und schreiben! In Portugal gibt es noch 65,2% "Kreuzelschreiber", in Griechenland 43,4%. In Polen können von 31,5 Millionen Einwohnern 10 Millionen weder lesen noch schreiben; dort findet man die meisten Analphabeten unter der russisch-orthodoxen Bevölkerung: 72%, während sie unter den polnischen Juden nur 28,3% ausmachen. In der Sowjetunion war die Zahl bisher sehr hoch - etwa 50% -, aber seit der Einführung des Schulzwangs in diesem Jahr sinkt sie natürlich ständig, und die Sowjets erklären stolz, in zehn Jahren werde es in der ganzen Union keinen Analphabeten mehr geben. In Frankreich sind es etwas mehr als 5%, die das Alphabet noch nicht kennen; in Skandinavien und Holland, in Oesterreich, England und der Schweiz gibt es so wenig Kreuzelschreiber, dass ihre Zahl nicht zu erfassen ist.

Und in Deutschland? Wie verhält es sich mit den angeblichen 2 Millionen aus dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin?

Der Statistiker des Berliner Magistrats wälzt verzweifelt sein Jahrbuch. Er hat keine Ahnung, wie die rätselhafte Meldung in die Zeitungen gekommen ist. Zunächst ist in Deutschland seit lange vor dem Krieg nicht mehr versucht worden, die Zahl der Analphabeten festzustellen. Wollte man dies tun, so müsste man - etwa gleichzeitig mit der Bevölkerungszählung - jeden Deutschen auf Herz und Nieren prüfen, ob er auch wirklich lesen und schreiben kann. Eine derartige Prüfung würde aber so viele Kosten machen, dass das Resultat - eine statistische Zahl ohne jede Bedeutung - diese Ausgaben nicht rechtfertigen würde. Denn das Bild der Volksstruktur wird dadurch nicht beeinflusst werden. Seit 150 Jahren gibt es in Preussen, seit kaum kürzerer Zeit in den anderen deutschen Ländern den Schulzwang. Heute kann kein Kind

im ganzen Reich ohne Lehreraufwachsen. Es gibt in Deutschland nahezu 300 Orte, in denen für weniger als 10 Kinder ein Lehrer zur Verfügung steht; und es gibt sogar vier Dörfchen auf Ostseeinseln, auf denen zur Zeit ein Lehrer für 3 Kinder vorhanden ist. Auf Borkum ist ein Ort mit zwei, auf Rügen einer mit einem einzigen Kind, das seinen eigenen Lehrer hat!

Natürlich gibt es immerhin noch Leute in Deutschland, die weder lesen noch schreiben können. Da sind zunächst die Geisteskranken; dann die Einwanderer aus dem Osten, von denen seit dem Kriegsbeginn viele Tausende sich im Reich niedergelassen haben. Man versucht, sie in Abendschulen zusammenzufassen und zu unterrichten. Schliesslich gibt es aber noch viele "Grenzfälle", meist auf dem Lande: alte, schwachsichtige Leute, die in ihrer Jugend zwar das ABC gelernt haben, zur Not auch ihren Namen schreiben können, eher seit Jahrzehnten ungeübt sind und wohl auch zu den Analphabeten rechnen können.

Alle diese Analphabeten machen jedoch im ganzen Reich nicht mehr als einige Zehntausend aus, keinesfalls aber mehr als ein Promille. Für den kulturellen Gradmesser sind sie ohne Bedeutung. Im Statistischen Reichsamt ist man gerade dabei, diese Fakten zusammenzustellen und den Amerikanern unter die Augen zu halten, die Deutschland auf eine Stufe mit Südafrika stellen wollten.

Ela.

Gescheitert. Etwa drei Meilen südlich der schottischen Stadt Aberdeen wurde der dort stationierte Frachtdampfer "Venetia" im Sturm auf ein Felsenriff geworfen. Das Schiff erlitt schwere Beschädigungen und sank. Die Besatzung (neun Mann) ertrank.

Kirchenbrand. Die Kirche von Real de la Jara in der Nähe der spanischen Stadt Sevilla wurde durch Brandstiftung eingeäschert.

Goethe als "Lebensstellung". Das Arbeitsgericht Berlin wies den Anspruch einer jungen Schriftstellerin ab, die den bekannten Schauspieler Eduard von Winterstein auf eine Schadenersatzzahlung von 102 000 Mark verklagt hatte. Die junge Dame hatte ein Manuskript zu einem Goethe-Film verfasst und den Schauspieler Winterstein gebeten, die Arbeit bei einer Filmgesellschaft anzubringen. Winterstein erklärte sofort, dass er eine Annahme für sehr unwahrscheinlich halte, fand sich jedoch zur unverbindlichen Prüfung des Manuskripts bereit. Später schickte er den Filmentwurf zurück. Die Autorin behauptet nun - vergebens -, dass ihr Winterstein "eine Lebensstellung" versprochen habe und dass durch die lange Verzögerung ihr Manuskript unverwertbar geworden sei.

Aufgelöst. Die bekannte Berliner Körperkulturschule Adolf Koch wurde auf Anordnung des kommissarischen preussischen Kultusministers Dr. Kähler durch Verfügung vom 27. Dezember 1932 aufgrund eines von den Schulbehörden geforderten Verbots aufgelöst. Damit hat die behördliche Muckerei einen neuen Sieg errungen.

Kran im Meer. In Bergen (Norwegen) wurde ein 40 Meter hoher und 60 Meter langer Kohlenkran im Sturm, der mit 43 Sekundenmetern Geschwindigkeit die Küste entlang raste, ins Meer geschleudert.

Der älteste Gasthof. Freiburg macht neuerdings den Anspruch geltend, den ältesten deutschen Gasthof zu besitzen. Man fand im städtischen Archiv eine Urkunde aus dem Jahre 1387, aus der hervorgeht, dass der Freiburger Gasthof "Zum Bären" bereits im Jahre 1291 gegründet wurde.

"Hundsgang" Verbrechen. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen über die Verbrechenssache des in Berliner Unterweltkreisen unter dem Namen "Hundsgang" bekannten Selbstmörders Eugen Pieper führten zur Verhaftung von zwei weiteren Männern: der eine von ihnen hat im Herbst vergangenen Jahres an Pieper die Pistole verkauft, mit der in der Nähe von Grünberg der Taxichauffeur Sarnowski ermordet wurde; der andere ist ein sogenannter "Tipgeber".

Pieper hat, wie mittlerweile bekannt geworden ist, schon mit 13 Jahren zahlreiche Einbrüche, mit 15 wiederholt Sittlichkeitsverbrechen verübt. Oft versuchte er einen Beruf zu ergreifen: er war Schneider, Händler, Huredresseur (- was ihm seinen Spitznamen eintrug); er glitt jedoch immer wieder auf die Bahn des Verbrechens ab. In der letzten Zeit half ihm die ihm hörige Erna Trachmann; es wurde gegen sie vom Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls Haftbefehl erlassen.

+ + +
Grosseinbrüche. In Berlin entwendeten Einbrecher aus einem Juwelengeschäft in der Friedrichstrasse Gegenstände im Wert von 8 000 Mark; ein anderer Trupp erbeutete aus der Villa eines Ingenieurs in Dahlem Schmuckgegenstände, einen Damenpelz und Bargeld im Gesamtwert von etwa 20 000 Mark.

+ + +
"Disziplin". Das Gericht in Jassy (Rumänien) verurteilte in einem Vaterschaftsprozess, der ebenso viel Aufsehen wie Heiterkeit erregte, den Feldwebel eines in Jassy stationierten Infanterieregiments zu sechs Monaten, einen ihm unterstellten Korporal zu zwei Monaten Gefängnis. Der Feldwebel hatte mit einem jungen Mädchen eine Liebschaft unterhalten, die zu seiner geringen Erbauung nicht ohne Folgen blieb. Als das Mädchen nach seiner Niederkunft von dem Feldwebel die Anerkennung der Vaterschaft seines Kindes verlangte, wies dieser das Ansuchen mit dem Bemerkten ab, dass nicht er, sondern sein Korporal der Vater sei. Empört wandte sich die Betrogene an den Kadi, der die beiden Herrenväter Tribunal zitierte. Hier hielt der angeklagte Feldwebel seine Behauptung aufrecht und verwies triumphierend auf die schriftliche Erklärung seines Korporals, die die Angabe bestätigte. Als indessen der Richter zur Vertheidigung des Korporals schreiten wollte, besann sich der junge Mann und widerrief. Und nun stellte sich heraus, dass der Herr Feldwebel dem Korporal - gleichzeitig mit dem Verprechen einer baldigen Beförderung - den dienstlichen Befehl gegeben hatte, die Vaterschaft zu übernehmen, obschon er niemals mit dem Mädchen etwas zu schaffen hatte. Das Gericht zeigte wenig Verständnis für diesen selten hohen Grad militärischer Disziplin.

+ + +
"Erschlagen". In Hamburg drang in die Baugrube für den neuen Untergrundbahnhof Jungfernstieg plötzlich mit ungeheurer Wucht und Schnelligkeit Wasser der Birnenalster ein. Noch im letzten Augenblick konnten sich die Arbeiter retten.

+ + +
Jugenddrama. In Beuthen O/S. erschoss ein 21jähriger Autoschlosser seine 17 jährige Freundin; dann beging der Täter Selbstmord. Motivangabe in einem hinterlassenen Brief: "Lebensüberdruß".

+ + +
Eisenbahnunfall. Im Bahnhof Lemathe (Westfalen) fuhr ein Güterzug auf einen Personenzug auf; der Zugführer des Personenzuges verunglückte tödlich, die beiden Lokomotivführer und zwei Reisende erlitten Verletzungen.

+ + +
Marlene Dietrich verklagt. Die amerikanische Paramount-Filmgesellschaft beschuldigt Marlene Dietrich des Kontraktbruchs. Sie soll 200 000 Dollar Strafe zahlen.



Geld, das nie eintraf.

Eine lehrreiche Geschichte aus Norwegen.

SPD. Internationale Solidarität in Arbeitskämpfen - für die freien Gewerkschaften war sie nie eine Phrase. Wenn Not am Mann war - nie verhallte ungehört ein Hilferuf bei den freien Gewerkschaften. In dem von den Kommunisten so viel gerühmten "Vaterland aller Arbeitenden" aber ist internationale Solidarität nur ein Wort. Dort werden Gewerkschaften, die von russischen Brudergewerkschaften Hilfe erhofften, an der Nase herumgeführt. Dass wir damit nicht zuviel behaupten, bestätigt ein im Osloer "Arbeiderbladet" veröffentlichtes Interview mit einem norwegischen Gewerkschaftsführer.

Die norwegische Wald- und Landarbeitergewerkschaft hatte, wie aus dem Interview hervorgeht, 1927 mit der russischen Brudergewerkschaft eine Ver-einbarung über gegenseitige Unterstützung im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung getroffen. Im Jahre 1930 traten die norwegischen Waldarbeiter in Streik. Er zog sich infolge des hartnäckigen Widerstandes der Arbeitgeber sehr in die Länge. Die Mittel der Gewerkschaft gingen zu Ende. Die streikenden Waldarbeiter wandten sich, um einen Zusammenbruch der Bewegung zu verhindern, an die russische Brudergewerkschaft und forderten sie auf Grund der getroffenen Abmachungen auf, die leere Streikkasse durch einen Beitrag zu sanieren. Allein statt der erwarteten finanziellen Hilfe traf nur ein Telegramm ein mit der Aufforderung, die Kampfmethoden zu verschärfen und "durchzuhalten". Da diesem tröstenden Zuspruch keine reale Hilfe folgte, reiste ein Vertreter der streikenden norwegischen Wald- und Landarbeitergewerkschaft nach Moskau und machte dort darauf aufmerksam, dass ein "Durchhalten" ohne genügende Geldmittel undenkbar sei. Er erhielt jedoch kein Geld, sondern nur die feierliche Zusicherung, dass die erforderlichen Mittel prompt überwiesen würden. Man versprach, das Geld binnen weniger Tage nach Oslo zu übersenden, worauf der Norweger getrost die Heimreise antrat. Die versprochene Geldsendung blieb jedoch aus. Sie kam weder in den nächsten Tagen noch in den nächsten Wochen, und alle schriftlichen Mahnungen blieben ohne Erfolg. Da reiste der Vertreter der norwegischen Wald- und Landarbeitergewerkschaft ein zweites Mal nach Moskau. Diesmal erhielt er - das feste Versprechen, das Geld werde binnen weniger Tage auf telegraphischem Weg nach Oslo gehen; er werde es bei seiner Rückkunft dort bestimmt bereits vorfinden. Der Norweger kam nach Oslo, das Geld war aber nicht da. Und - es ist auch nie ein getroffen.

Ganz ist aber tatsächlich die vielgepriesene "Solidarität" der Moskower nicht ausgeblieben. Sie trat in Erscheinung - allerdings in einer für die norwegische Gewerkschaft völlig überraschenden Form. Da das norwegische Holzgeschäft durch den Streik lahmgelegt war, benutzte man in Sowjetrussland die Gelegenheit, und steigerte den Holzexport nach - Norwegen und deckte so den Holzbedarf der norwegischen Arbeitgeber. Nur diese Lieferungen der Russen ermöglichten den norwegischen Waldbesitzern und Holzhändlern, dem Streik zu tritzen, und die Arbeitgeber hätten - dank der sowjetrussischen "Solidarität" - sicher den Sieg über die streikende wald- und Landarbeitergewerk-

schaft davongetragen, wenn nicht die norwegischen Cellulosearbeiter einen Sympathiestreik erklärt und sich geweigert hätten, das aus Russland stammende Holz zu verarbeiten.

Trotz dieser gründlichen Enttäuschung haben die norwegischen Wald- und Landarbeiter ihre Beziehungen zur russischen Gewerkschaft erst bei einer späteren Gelegenheit abgebrochen. Die Russen antworteten nämlich auf eine Einladung zu einer Konferenz nach Norwegen mit einem - groben Telegramm. Damit schloss ein ereignisreiches Kapitel der norwegischen Gewerkschaftsbewegung, die in das Fahrwasser der Roten Gewerkschaftsinternationale geraten war.

Die Norweger haben den Wert der kommunistischen "Solidarität" durch bittere Erfahrungen kennen gelernt. Sie sind ein Opfer der Phrase vom "Vaterland der Arbeiter" geworden. Sie haben am eigenen Leib erfahren, dass in dem Moskauer Götzenbild alles andere als ein Herz für die grosse Sache der Arbeiterbewegung schlägt.

Kein Herz - Wurmgenist steckt in dem tönernen Koloss.

SPD. Der Deutsche Musikerverband hat vor kurzem 10 Forderungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit der Musiker - ihren Inhalt haben wir bereits gemeldet - dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung übermittelt. Der Reichskommissar erklärte sich für unzuständig; er hat die Forderungen an das Reichsinnenministerium weitergeleitet. Der Kanzler hat die Forderungen, die auch ihm zu Gesicht gekommen waren, an das Reichsarbeitsministerium weitergegeben.

Hoffentlich verschwinden die Forderungen der Musiker nicht völlig in dem Zuständigkeitslabyrinth. Für Leute, die um Brot bitter, ist es noch immer sehr schwer gewesen, die richtige Tür zu finden.

SPD. Die deutsche Delegation für die internationale Arbeitszeitkonferenz, die am 10. Januar in Genf zusammentritt, ist zusammengestellt. Die Reichsregierung entsendet Ministerialdirektor Sitzler, Ministerialrat Neitzel und Regierungsrat Dr. Weber. Die deutsche Arbeitgebergruppe wird vertreten durch Kommerzierrat Vogel-Chemnitz. Seine drei Sachverständigen sind Syndikus Dr. Pfeffer, ferner Krüger und Dr. Erdmann von der Arbeitgeber-Vereinigung. Der stimmführende Arbeitnehmervertreter wird diesmal nach dem Tod von Hermann Müller-Lichtenberg der frühere hessische Innenminister Leuschner sein. Auch er wird begleitet von drei Sachverständigen: Spiliedt vom ADGB, Lammers von der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und Kreil von den Christlichen Gewerkschaften.

+

Für die Konferenz hat das Internationale Arbeitsamt einen Bericht "Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit" ausgearbeitet. In ihm werden u.a. auch einige interessante Zahlen über die Kosten der Arbeitslosigkeit mitgeteilt. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden von 1 151 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 2 973 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. In Grossbritannien haben sich die Ausgaben der obligatorischen Arbeitslosenversicherung von 1924/25 bis 1930/31 ungefähr verdoppelt (101,3 Millionen Pfund) und für 1932/33 schätzt der Arbeitsminister den Aufwand auf etwa 120 Millionen Pfund. In Italien betrug der Gesamtaufwand der obligatorischen Versicherung 1925 rund 23 Millionen Lire und 1930 rund 115 Millionen Lire; die Ausgaben sind

auch in Italien weiter gestiegen. In Belgien stiegen die Ausgaben von 32 Millionen Franken im Jahre 1930 auf 365 Millionen im Jahre 1931. In Holland haben sich die Ausgaben in den letzten sieben Jahren mehr als vervierfacht; das gleiche gilt für Polen. In der Schweiz stiegen die Ausgaben von 1925 bis 1931 von 2,6 Millionen Franken auf 37,6 Millionen; in diesen Zahlen sind die Ausgaben der örtlichen Notstandsfonds und der privaten Verbände nicht mitenthalten.

Die Unterstützungskosten sind natürlich noch lange nicht die Gesamtkosten. Zur Unterstützung kommen noch Lohnausfall, Schwächung der Kaufkraft, Zerstörung der Volksgesundheit, Zunahme der Kriminalität usw. Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamtes betrug der jährliche Lohnausfall von etwa 24 Millionen Vollerwerbslosen in 20 Staaten 84 Milliarden Mark.

SPD. Die Glasindustrie Schlesiens wurde vor einer neuen Steigerung der Arbeitslosigkeit heimgesucht. Vor allem hat der Hauptglasindustriestandort Penzig bei Görlitz unter der Zunahme der Entlassungen zu leiden. Mehr als 2 000 Glasarbeiter fanden dort in normalen Zeiten Beschäftigung; in den letzten Monaten waren nur noch etwa 1 200 in den Hütten und Schleifereien tätig. Seit November steigt die Arbeitslosigkeit wieder. In den Adler-Hütten mit vormals 1 200 Beschäftigten wurden im November 170 Entlassungen vorgenommen. Das Weihnachtsgeschäft brachte keine Besserung. Auch die Phoenix-Hütte musste 70 Arbeitskräfte entlassen. Die Firma Tietze und Seidensticker war gezwungen, am Jahreschluss ihren zweiten Ofen stillzulegen. Die Firma Funk entliess zum Jahresbeginn 95 Arbeiter. Meissner und Kleinert, deren Betrieb seit September stillliegt, wollten in den ersten Wochen des Januar wieder aufmachen; daraus wird nichts werden. Die Firma Gebrüder Putzler hat für Mitte Januar die Entlassung von 100 Arbeitern angekündigt; ehemals waren bei ihr 350 Glasmacher tätig.

Die Arbeitslosenzahl in Penzig wird also um rund 500 zunehmen. Für eine reine Industriegemeinde, in der schon 700 bis 800 Arbeitslose die Strassen bevölkern, bedeutet das Hinzukommen von 500 neuen Arbeitslosen eine schwere Belastung. Da die Kurzarbeit in den meisten Betrieben die Verdienste sehr stark herabmindert, macht sich das neue Steigen der Arbeitslosigkeit doppelt schmerzlich fühlbar.

Die Ursachen der Vermehrung der Arbeitslosigkeit in der Glasindustrie Schlesiens liegen in erster Linie in den Kontingentierungsbestrebungen der Papenregierung und im englischen Pfundsturz.

SPD. In den Rheinmetallwerken in Sömmerda (Thüringen) fand dieser Tage die Betriebsratswahl statt. Bei der letzten Wahl erzielten Kommunisten und Syndikalisten die Mehrheit; sie haben diesmal prozentual schlechter abgeschnitten und die Mehrheit eingebüsst.

Die freien Gewerkschaften erhielten 459 Stimmen (1931: 384), RGO 342 (168), Syndikalisten 260 (322), Christen 46 (72), Nazis 97 (0).

Die freien Gewerkschaften haben sich gut behauptet, die Christen haben verloren, die Stimmenzahl der Nazis ist alles andere als überwältigend.

Reichsbank am Jahresschluss.

Zahlungsmittelumlauf um 1 Milliarde gesunken.

SPD. Während des verflossenen Jahres ist der Diskontsatz der Reichsbank von 7 auf 4 Prozent zurückgegangen. Das ist ein Zeichen für die eingetretene grosse Entlastung. Wichtiger als diese Entlastung selbst ist wohl die Tatsache, dass die Reichsbank gegenüber Wünschen Widerstand leistete, die, wenn man sie erfüllt hätte, die deutsche Währung untergraben mussten. Wenn die Reichsbank auch im Jahre 1932 die Währung mit Händen und Zähnen verteidigt hat, so ist das sicherlich das grösste Aktivum, das sie für das Jahr 1932 aufweisen kann.

Trotz der Devisenbewirtschaftung und trotz der Devisensperren ist im Jahre 1932 die Währungsreserve abgesunken, die Deckung der Noten durch Gold und Devisen aber etwas gestiegen. Nach dem letzten Reichsbankausweis ergibt sich für die Währungsreserve und die Deckung folgende Entwicklung:

	<u>Ende 1931</u>	<u>Ende 1932</u>
Währungsreserve in Mill. Mark	1156,3	920
Goldbestände in Millionen Mark	984	806,2
Devisenbestände in Mill. Mark	172,3	113,8
Deckung durch Gold u. Devisen	24,2 %	25,8 %

Viel schlimmer ist die Schrumpfung bei den Ausleihungen, bei der sogenannten Kapitalanlage. Die Reichsbank ist im Jahre 1932 von heftigen Erschütterungen, wie sie im Katastrophenjahr 1931 verzeichnet werden mussten, verschont geblieben. Dem Jahr 1932 war u. a. die Aufgabe vorbehalten, die Zusammenbrüche aus dem Katastrophenjahr zu liquidieren. Der Schrumpfungsprozess in der Wirtschaft, die beispiellose Einengung in der industriellen Tätigkeit spiegelt sich deutlich in den Ausleihungen der Reichsbank wieder. Die gesamten Ausleihungen sanken von rund 4 647 Millionen Mark Ende 1931 auf 3 379 Millionen Mark Ende 1932 ab. Im einzelnen ergibt sich folgendes:

	<u>Ende 1931</u>	<u>Ende 1932</u>
	(in Millionen Mark)	
Gesamtausleihungen	4 647,2	3 379,7
Schecks und Wechselkredit	4 144	2 805,5
Lombardkredit	244,6	176,1
Reichsschatzwechsel	97,9	0,6

Der Kreditbedarf der Wirtschaft ging also binnen Jahresfrist ganz gewaltig zurück. Die Krise mit ihren gewaltigen Einschränkungen hat die Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade flüssiger gemacht. Der ganze Prozess würde in den Ausleihungen der Reichsbank noch deutlicher zum Ausdruck kommen, wenn sich unter den Wechselbeständen der Reichsbank sicherlich auch solche Wechsel befänden, die eigentlich nicht dahin gehören. Hand in Hand mit dem Rückgang der Ausleihungen ging die Einschränkung des Zahlungsmittelumlaufs. Wir geben die vor sich gegangene Schrumpfung durch folgende Zusammenstellung wieder:

<u>Ende 1931</u>	<u>Ende 1932</u>
(in Millionen Mark)	

umlaufende Reichsbanknoten	4 775,8	3 560,5
umlaufende Reichsbankscheine	421,9	413,2
Scheidemünzen	1 293	1 496
Privatbanknoten	188	188
gesamter Zahlungsmittelumlauf	6 679	5 657

Während von Ende 1930 bis Ende 1931 der Zahlungsmittelumlauf von 6 406 Millionen Mark auf 6 679 Millionen Mark stieg, ist der Zahlungsmittelumlauf während des verflossenen Jahres um rund 1 022 Millionen Mark zurückgegangen. Damit kann eine beispielslose Einschränkung des Zahlungsmittelumlaufs festgestellt werden. Die grosse Einengung im Zahlungsmittelumlauf entspricht in etwa dem Rückgang in den Ausleihungen der Reichsbank und der Schrumpfung der industriellen Tätigkeit. Wenn aber jene Theorie recht hat, die das Preisniveau mit dem Zahlungsmittelumlauf in Zusammenhang bringt, dann muss konstatiert werden, dass das Preisniveau nicht im selben Ausmass gefallen ist wie der Zahlungsmittelumlauf.

In der letzten Dezemberwoche erhöhten sich die Ausleihungen der Reichsbank um 325,3 Millionen Mark auf 3 379,7 Millionen Mark. Der Wechselkredit stieg um 259,8 Millionen Mark auf 2 805,5 Millionen Mark. Bei der Währungsreserve liegt eine Steigerung um 2,5 Millionen Mark auf 920 Millionen Mark vor. Im Zusammenhang mit der grösseren Beanspruchung der Bank ging die Deckung von 27,2 % in der dritten Dezemberwoche auf 25,8 % gegen Jahresabschluss zurück.

SPD. Am Berliner Buttermarkt hat man am Dienstag einen neuen Preissturz inszeniert, um die Margarinepläne des Reichslandwirtschaftsministeriums zu fördern. Anders kann das Theater, zu dem die Festsetzung der Berliner Butternotiz geworden ist, nicht bezeichnet werden. Bereits in voriger Woche quittierte die Butternotierungskommission gewisse Widerstände gegen die Margarinepläne mit einem "Werfen" der Butternotiz um 8 Mark. Dieses Mal begnügte sich die Kommission damit, den Butterpreis um 3 Mark zu werfen. Der Preis für die erste Qualität wurde auf 92 Mark pro Zentner festgesetzt, der für II. Qualität auf 85 Mark und der Preis für abfallende Ware auf 76 Mark. Es mag sein, dass mit der neuen Woche viel Ware aus den Kühlhäusern genommen worden ist. Es ist ja ein offenes Geheimnis, dass die Kühlhäuser reiche Vorräte bergen, für die die Gefahr bestand, dass sie ranzig würden. Diese Gefahr hat ja auch die Margarinepläne des Kabinetts Schleicher stark beeinflusst. Es ist anzunehmen, dass die Kühlhäuser nicht die Verwirklichung der Margarinepläne abwarten konnten und es vorziehen, ihre Vorräte zu billigeren Preisen auf dem freien Markt zu verkaufen, um grössere Verluste durch Verderben der Ware zu vermeiden.

SPD. Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Gross-Handelsgesellschaft haben Gelegenheit genommen, beim Reichslandwirtschaftsminister ihre Bedenken gegen die Margarinepläne vorzubringen. Sie betonten, dass durch den Butterbeimischungszwang der Landwirtschaft nicht geholfen werden könne. Ausserdem wiesen sie darauf hin, dass der Beimischungszwang unbedingt zu einer Verteuerung der Margarine führen müsse. Im übrigen warnten die Vertreter der Konsumgenossenschaften vor den volkswirtschaftlich schädlichen Folgen einer Kontingentierung in der Margarineindustrie.

Am Dienstag hatten die Vertreter der freien Gewerkschaften eine Unterredung mit dem Reichslandwirtschaftsminister über die Margarineprojekte der Reichsregierung. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch den Reichstagsabgeordneten Grassmann, der Afa-Bund durch Stehr und der Allgemeine

Deutsche Beamtenbund durch Kotzur vertreten. Ueber den Verlauf der Bespre-
chung wird uns von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

*Bereits am 23. Dezember 1932 hatten die freigewerkschaftlichen Spit-
zenorganisationen telegraphisch an den Reichskanzler einen Protest gegen
jede Kontingentierung von Einfuhr von Margarinerohstoffen, gegen jeden Bei-
mischungszwang von Butter zur Margarine, gegen alle die Margarine verteuern=
den oder verknappenden Massnahmen gerichtet. Am 3. Januar 1933 mittags wurden
Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes und
des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes bei dem Reichsminister für Ernährung
und Landwirtschaft vorstellig. Sie erneuerten den bereits telegraphisch
mitgeteilten Einspruch gegen die Absicht der Regierung und betonten insbe-
sondere, dass nach ihrem Ermessen die Notverordnung vom 23. Dezember 1932
mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung nicht begründet werden könne. Es sei
Sache des Parlaments, die von der Regierung gemachten Vorschläge zu prüfen
und entsprechend gesetzgeberisch zu verabschieden. Der Reichswirtschafts-
rat habe sich als gutachtliches Organ bei den Beratungen über Beimischungs-
zwänge wiederholt und konsequent ablehnend ausgesprochen. Die Frage sei aus
dem Grunde so bedeutungsvoll, weil die Margarine, insbesondere die billige-
ren Sorten, heute das ausschliessliche Fett der Aermsten, besonders der Ar-
beitslosen geworden sei. Ja angesichts der gesunkenen Einkommen besonders
der Kurzarbeiter und der niedrig entlohten Angestellten und Beamten sei
die Margarine heute als Ersatz für die Butter getreten. Die Gewerkschaftsver-
treter forderten die Aufhebung der Notverordnung mit dem Ziel, einen Zwang
zur Beimischung von Butter zur Margarine zu beseitigen, und belegten diese
ihre Forderung mit einer Reihe von Gründen. Der Minister konnte sich der
Schilderung der Notlage weitester Kreise der städtischen Bevölkerung nicht
verschliessen. Eine Verteuierung der billigen Margarinesorten würde zu einer
weiteren Einschränkung des Konsums von Fetten führen. Auf der anderen Seite
sei die Lage der Landwirtschaft, besonders der Veredelungsprodukte erzeugen-
den Betriebe, unhaltbar geworden. Der Rückgang des Verbrauchs an Frischmilch
habe eine gesteigerte Erzeugung von Butter zur Folge, die wiederum unver-
käuflich bleibe. Die Regierung müsse Massnahmen treffen, die der Landwirt-
schaft gesteigerten Absatz von Veredelungsprodukten ermögliche, ohne dass
deshalb der Fettverbrauch namentlich der Minderbemittelten und Erwerbslosen
beeinträchtigt werden könne."

SPD. Das Statistische Reichsamt gibt die Zahl der Konkurse im Jahre 1932
mit 13 966 an gegenüber 19 254 im Jahre vorher. Die Zahl der Vergleichsver-
fahren senkte sich von 8 628 auf 6 185. Die Zahl der Konkurse hat demnach
gegenüber dem Jahr 1931 um 27,5% abgenommen, die Zahl der Vergleichsverfahren
um 28,3%.

SPD. In der Gläubigerversammlung der Stadt Dresden, die am Dienstag
statt fand, wies der Vertreter der Stadt Dresden darauf hin, dass die Stadt
nicht überschuldet, wohl aber zahlungsunfähig sei. Rechnungen von mehreren
Millionen Mark lägen unbezahlt da. Die Versammlung wählte nach längerer De-
batte den früheren Ministerialdirektor Dr. Just zum Gläubigervertreter. Just
wird mit der Stadt verhandeln und soll der neuen Gläubigerversammlung Vor-
schläge vorlegen.

Berliner Viehmarkt.

(3. Januar)

SPD. Die Zufuhren waren am Dienstag wesentlich reichlicher ausgefallen als am letzten Markt. So betrug der Auftrieb an Schweinen rund 12 000 Stück. Am Schweinemarkt gab es bei langsamem Handel stärker nachgebende Preise. Auch am Kälbermarkt war der Handel ruhig; jedoch konnten sich verschiedentlich Preisaufbesserungen durchsetzen. Die Hammelpreise sanken in allen Klassen. Am Rindermarkt waren prima Tiere gesucht, die besser bezahlt wurden.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund -, b. 240 bis 300 Pfund 36-37 (39-40), c. 200 bis 240 Pfund 34-37 (37-40), d. 160 bis 200 Pfund 33-34 (36-37), e. 120 bis 160 Pfund 30-32 (33-35), Sauen 32-34 (35-37), Schafe: a. 30-31 (33), b. 28-29 (30-32), c. 24-27 (27-29), d. 15-23 (20-25), Kälber: b. 35-41 (35-40), c. 25-33 (23-33), d. 16-22 (16-22), Kühe: a. 21-23 (23-25), b. 18-20 (19-21), c. 15-17 (16-18), d. 10-14 (12-15).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Reichspfennig an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 2. Januar 1933). A. Inlandsier: Deutsche Handelsklasseneier: a G 1 (vollfrische Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 10,25, Grösse A unter 65-60 g 9, Grösse B unter 60-55 g 8,25, Grösse C unter 55-50 g 7,50, Grösse D unter 50-45 g 6,25; b) G 2 (frische Eier) Sonderklasse 9,75, Grösse A 8,50, Grösse B 7,25, Grösse C 7, Grösse D 6. Deutsche sortierte Eier: a) vollfrische: Sonderklasse 10, Grösse A 8,75, Grösse B 8; b) Frische Grösse B 7,75, deutsche unsortierte Eier 8,25, deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 6. B. Auslandsier: Dänen und Schweden: 18er 9,75, 17er 9,25, 15½-16er 8-8,25, leichtere 6,75-7,25; Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten: 18er 9,50, 17er 9, 15½-16er 8-8,25, leichtere 6,75-7,25, Rumänen 7-7,50, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6. C. Kühlhauseier: Grosse ausländische 7,25-7,50, Chinesen und ähnliche grosse 7,25, normale 6,25. Witterung: trübe, Marktlage weichend.

SPD. Auch der Abschluss der Pommerschen Zuckerfabrik beweist die Notwendigkeit eines radikalen Abbaus der überhöhten Zuckerrichtpreise und der übersetzten Zuckersteuer. Das Unternehmen zahlt wie im Vorjahr eine Dividende von 6 Prozent auf die Vorzugsaktien und eine Dividende von 10% auf die Stammaktien. Der Reingewinn hat sich mit 485 000 Mark gegenüber dem Vorjahr nicht vermindert. Im Geschäftsbericht wird die Ermässigung der Zuckersteuer gefordert, um den Verbrauch zu heben. Ueber die Notwendigkeit, die Zuckerrichtpreise zu ermässigen, was erst eine Hebung des Verbrauchs zur Folge haben müsste, schweigt das Unternehmen sich selbstverständlich aus.

SPD. Im Monat Dezember haben sich, nach längerer Zeit, die Konkurse wieder gesteigert. Das Reichsstatistische Amt gibt die Zahl der Konkurse für Dezember mit 521 an gegenüber 449 im Vormonat. Die Zahl der Vergleichsverfahren erhöhte sich in derselben Zeit von 267 auf 280.

Verwarnung durch Stützungsstellen.

(Berliner Getreidebörse vom 3.1.)

SPD. Sowohl am Lieferungsmarkt als auch am Promptmarkt ist das Angebot weiter angewachsen. Es wird jetzt offen zugegeben, dass auch solches Material an die Berliner Börse kommt, das ohne die freigebige staatliche Stützung die Berliner Getreidebörse niemals gesehen hätte. Man hätte es den staatlichen Stützungsstellen nicht verdenken können, wenn sie am Dienstag die Preise, als Antwort auf das forcierte Angebot, hätten gründlich absacken lassen. Die Stützungsstellen begnügten sich aber nur sozusagen mit einer Verwarnung und liessen die Weizenpreise am Lieferungsmarkt bis 1,25 und die Roggenpreise - das Angebot an Roggen war weit stärker - bis 1,75 Mark abgleiten. Hafer war anfangs um 2 Mark schwächer. An prompter Ware kauften die Stützungsstellen schon vor der Börse. Auch bei Feststellung der Notiz mussten sie, allerdings auf niedrigerer Basis, noch stark eingreifen.

	2. Jan.	3. Jan.
	(ab märkischer Station in Mark)	
Weizen	188 - 190	186 - 188
Roggen	155 - 157	154 - 156
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	115 - 120	114 - 118
Weizenmehl	23,25 - 26,25	23,25 - 26,25
Roggenmehl	19,60 - 21,80	19,60 - 21,80
Weizenkleie	8,80 - 9,20	8,80 - 9,20
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 204 $\frac{1}{2}$ - 204 (205 $\frac{1}{2}$),
 Mai 207 - 206 (208 $\frac{1}{2}$), Roggen März 165 $\frac{1}{2}$ - 164 (167 $\frac{1}{2}$), Mai 167 $\frac{1}{2}$ - 167 (169 $\frac{1}{2}$).
 Hafer März 124 - 122 $\frac{1}{2}$ (125 $\frac{1}{2}$), Mai 126 - 124 $\frac{1}{2}$ (128).

Raufutternotierungen.

(3. Januar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RA	0,60 - 0,80
" " Weizenstroh	RA	0,45 - 0,55
" " Haferstroh	RA	0,45 - 0,55
" " Gerstenstroh	RA	0,45 - 0,55
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	RA	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RA	0,55 - 0,75
" " Weizenstroh	RA	0,45 - 0,55
Häcksel	RA	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RA	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	RA	1,80 - 2,15
Luzerne, lose	RA	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	RA	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	RA	2,10 - 2,40
Drahtgepresstes Heu	RA	0,40 über Notiz.

Tendenz: ruhig.